

Tagungsbericht: „Der Staat im Entwicklungsprozeß“

Der Arbeitskreis „Entwicklungsökonomie und Entwicklungstheorie“ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) veranstaltete unter der Leitung von Rolf Hanisch und Rainer Tetzlaff einen Workshop zum Thema „Die Rolle des Staates im peripheren Kapitalismus (Empirie und Theorie)“. Mit der finanziellen Unterstützung der VW-Stiftung wurden zwei Arbeitseinheiten (26. – 28. Jan. und 27. – 29. April 1979) im Institut für internationale Angelegenheiten der Universität Hamburg durchgeführt, auf denen insgesamt 21 Arbeitspapiere vorgelegt wurden.

Obgleich theoretische und empirische Forschungsarbeiten in enger Verknüpfung miteinander diskutiert werden sollten, um sowohl eine allzu abstrakte als auch eine zu eng am Fallbeispiel orientierte Diskussion zu vermeiden, war die Januartagung stärker durch theoretische Fragen bestimmt, während auf der Apriltagung Fallstudien überwogen. Diese Gewichtung ergab sich allein schon aus der Notwendigkeit der theoretisch-begrifflichen Klärung der auch in dem aus der Dependenztheorie abgeleiteten Analysekonzept des „peripheren Kapitalismus“ umstrittenen Fragen nach der Bestimmung von Staatsfunktionen, dem „entwicklungsökonomischen Handlungsspielraum“ und der „relativen Autonomie“ des Staates im peripheren Kapitalismus. Die Diskussion der zu diesem Themenkomplex vorgelegten Papiere von Tetzlaff, Töpper und Sellin (alle Hamburg) konzentrierte sich letztlich auf die entscheidende Frage nach einer spezifischen Differenz zwischen metropolitanem und peripherem Kapitalismus, d. h.: Existiert eine peripher-kapitalistische Gesellschaftsformation „sui generis“ und lassen sich daraus „Spezifika“ der Staatsfunktionen ableiten?

Die äußerst kontroverse Diskussion, die zum großen Teil aus einer konstruktiven Auseinandersetzung mit der Arbeit von Evers¹ bestand, der bisher einzigen deutschsprachigen Monographie zu diesem Thema, und der ebenfalls Tagungsteilnehmer war, erreichte dahingehend einen Konsens, daß zwar bezüglich der Genese von Peripheriestaaten aufgrund der spezifischen Formen der WeltmarktinTEGRATION von „Spezifika“ der Staatlichkeit gesprochen werden kann, daraus jedoch noch keine allgemeine Theorie des States im peripheren Kapitalismus ableitbar ist, zumal die zentrale Frage bezüglich der Durchkapitalisierung von Peripheriegesellschaften nicht eindeutig beantwortet werden konnte. Dazu fehlt es bislang an einer ausreichenden Zahl von historisch-empirischen Länderstudien.

In der anschließenden Diskussionseinheit: „Politische Integration versus Mobilisierung der Unterschichten“ wandte man sich der politischen Analyse des Staates zu. In seinem Tagungsbeitrag „Staat und politische Integration im peripheren Kapitalismus“ betonte Simonis (Konstanz) besonders die in funktionalistisch ausgerichteten staatstheoretischen Arbeiten oft ausgeblendeten Fragen nach den Bedingungen, Formen und Grenzen der politisch-ideologischen Integrations- und Organisationsmacht des Staates, indem er die Defizite der politischen Analyse in den Staatstheorien von Evers und Elsenhans² aufzeigte. Gerade die revolutionären Ereignisse im Iran, die ohne die religiös-ideologische Komponente nicht erkläbar sind, unterstreichen die Relevanz dieser Fragestellung.

Konkrete Formen gesellschaftlicher Integrationspolitik des Staates einerseits und des Konfliktverhaltens und der (autonomen) politischen Mobilisierung gesellschaftlicher Unterschichten andererseits konnten auf empirischer Basis anhand der umfangreichen, auf eigenen Felderhebungen beruhenden Forschungsarbeiten von Schmidt-Relenberg (Gießen) u. a. „Selbstorganisation von Barrio-Bewohnern in Venezuela und ihre Auseinandersetzungen

¹ Vgl. Evers, T. T. – Bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt. Zur Theorie des Staates in ökonomisch unterentwickelten Gesellschaftsformationen, Frankfurt/M. 1977.

² Vgl. Elsenhans, H. – Die Staatsklasse/Staatsbourgeoisie in den unterentwickelten Ländern zwischen Privilegierung und Legitimationszwang, in: VRÜ, 10. Jg., 1. Quart. 1977, S. 29–42.

mit dem Staat“ und von Evers (Berlin) u. a. „Stadtteilbewegungen und Staat, Kämpfe im Reproduktionsbereich in Lateinamerika“, diskutiert werden.

Obwohl beide Gruppen vollkommen unabhängig voneinander mit unterschiedlichen Analysekonzepten ihre Forschungen durchgeführt hatten, waren ihre Ergebnisse z. T. frappierend deckungsgleich, insbesondere hielten beide die von lateinamerikanischen Sozialwissenschaftlern entwickelte Kategorie der „Marginalität“ für wenig aussagekräftig. Denn nicht ihre Stellung in der Produktion, sondern ihre alltägliche Erfahrung in der Reproduktion, d. h. die Lebens- und Überlebensbedingungen der Familie im Stadtteil, die die Slumbewohner in Konflikt mit dem Staat bringt, z. B. im Kampf um staatliche Dienstleistungen oder Siedlungsgenehmigungen, bestimmt ihr politisches Bewußtsein und leitet entsprechend ihre Aktionen.

Als Forschungsdesiderata ergaben sich folgende Fragen: Wie werden die dominanten, staatsnahen Klassen auf eine weitere Verschärfung der Verelendungssituation reagieren, die sich eventuell infolge von Industrialisierungsprozessen auch in Afrika und Asien abzeichnet, und wer sind die Bündnispartner der „Marginalen“ bei der Durchsetzung ihrer Rechte und Interessen gegenüber dem Staat?

Den Abschluß der Januartagung bildete der Problembereich der Lenkungs- und Leistungskapazität des Staates im Akkumulationsprozeß. Während anhand einer von Luther (Hamburg) vorgelegten Fallstudie über Singapur der Begriff des „Staatskapitalismus“ und das konfliktgeladene Verhältnis von Staatsbürokratie und Industriearbeiterschaft einerseits und lokalem Unternehmertum andererseits diskutiert wurden, standen im Mittelpunkt der Behandlung einer Brasilienstudie von Belau (Berlin) die Thesen vom autoritären, partiell autonomen Staat und der „nachholenden Entwicklung“ mittels eines starken staatlichen Wirtschaftssektors.

Das Diskussionsergebnis dieser ersten Arbeitseinheit des Workshops läßt sich dahingehend zusammenfassen, daß derzeit theoretische Ableitungen von Funktionen und Formbestimmungen des Staates im peripheren Kapitalismus keinen Beitrag zur Erklärung von Handlungsoptionen des Staates der Peripheriegesellschaft leisten können, sondern daß das Schwergewicht der Forschung auf theoriegeleiteten, an konkreten Fragestellungen ausgerichteten Länder- und Detailstudien (vor allem zum Problembereich der politischen Legitimation und der staatlich-administrativen Effizienz) gelegt werden sollte. Konkret wirkte sich dies auf die Gestaltung der Apriltagung aus, denn die hier vorgelegten zahlreichen Arbeitspapiere boten eine breite Synopsis von Fallstudien zu unterschiedlichen Problembereichen und Konfliktkonstellationen, die veranschaulichten, daß Forschungsergebnisse über die Rolle eines bestimmten Staates weder notwendig singulär sind noch aber quasi den Normalfall staatlicher Aktionen erfassen. Sie wurden unter folgenden Gesichtspunkten zu Diskussionseinheiten zusammengefaßt: Bürokratie und staatlicher Sektor; Lenkungskapazitäten des Staates; staatliche Willensbildung, Kontrolle und Mobilisation; Konstitutionsbedingungen des Staates.

Als wohl wichtigstes Diskussionsergebnis beider Tagungen kann der Konsens angesehen werden, daß sozialwissenschaftliche Forschung über Entwicklungsprobleme in peripher-kapitalistischen Gesellschaften sich in erster Linie in historisch-empirischen Studien mit der Tätigkeit von „Staatsklassen“ im Entwicklungsprozeß befassen sollte. An die Stelle einer aus empirischen Verallgemeinerungen abgeleiteten Theorie über Staatsfunktionen im peripheren Kapitalismus (die sog. „Spezifika“!) ergab sich eine klarere Forschungsperspektive von typischen (im Sinne von häufig auftretenden) Konfliktkonstellationen von Staat und sozialen Gruppen sowie typischen Strategien der Herrschaftslegitimierung.

Es ist geplant, die auf beiden Tagungen vorgelegten Arbeitspapiere gegen Ende des Jahres in einem Sammelband zu publizieren.

Volker Kasch